

BILDUNG

Mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung schaffen

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Bildung ermöglicht dem Einzelnen die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und ein höheres Einkommen. Außerdem geht ein höherer Bildungsstand in der Regel mit einer besseren Gesundheit, mehr Selbstbestimmung, größerer sozialer Anerkennung und höherer Lebensqualität einher. Gesamtgesellschaftlich ist Bildung die Basis unseres Wohlstandes. Wahlenentscheidungen in Wirtschaft und Politik können bewusster getroffen werden. Die durch mehr Bildung erzielten Mehreinkommen tragen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bei. Auch beim Fachkräftemangel kommt dem Thema Bildung eine besondere Rolle zu. Allerdings besteht in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen Elternhaus und Bildungserfolg. Um mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen, sollte die staatliche Bildungsfinanzierung in Deutschland stärker auf die vorschulische Bildung und hier insbesondere auf einkommensschwache Familien fokussieren. Bei der Hochschulfinanzierung sollte dagegen stärker auf privates Engagement gesetzt werden, indem Universitäten (wieder) Studiengebühren erheben. Zur Flankierung sollten staatliche Bildungskredite vergeben werden.

Aufgrund der hohen gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen von Bildung werden neben privaten Mitteln auch erhebliche staatliche Ressourcen in das Bildungssystem investiert. Dabei zeigt sich im internationalen Vergleich, dass Deutschland bei der Finanzierung von Bildung einen anderen Weg geht als die meisten anderen Länder: So wird die vorschulische Bildung in Deutschland zu einem Gutteil von den Eltern finanziert, während sich der Staat besonders in der schulischen und universitären Bildung finanziell engagiert. Die knappen öffentlichen Mittel für Bildung sollten allerdings so eingesetzt werden, dass Teilhabechancen und soziale Integration verbessert werden. Das bedeutet, dass der Zugang zu Bildung nicht von der individuellen Herkunft, sondern von Begabungen und Interessen abhängen sollte. Das Gegenteil ist jedoch in Deutschland der Fall. Dies

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org

könnte damit zu tun haben, dass in Deutschland die Finanzierung der vorschulischen Bildung weitgehend privat erfolgen muss, da sich der Staat in diesem Bereich weniger engagiert. Insbesondere bildungsferne und einkommensschwache Familien sind oft finanziell nicht in der Lage, große Summen für die Bildung ihrer Kinder aufzubringen. Eine mangelnde frühkindliche und vorschulische Bildung wirkt sich jedoch besonders negativ aus, da Bildung in diesen Phasen wichtige Grundlagen für den späteren Bildungserfolg legt. Bildungsmängel in diesen Phasen lassen sich später nur schwer aufholen. Daher sollte in diesen Phasen die direkte staatliche Bildungsfinanzierung eine größere Rolle spielen. Insbesondere einkommensschwache Familien sollten finanziell unterstützt werden, so dass ihre Kinder von der vorschulischen Bildung profitieren können. Eine indirekte Förderung z. B. über steuerliche Freibeträge, wie sie derzeit gewährt wird, kommt dagegen bei einkommensschwachen Familien nicht an, sondern begünstigt nur Familien mit höheren Einkommen. In dem Maße, in dem nicht nur mangelnde finanzielle Mittel, sondern auch eine systematische Unterschätzung der Bedeutung von frühkindlicher und vorschulischer Bildung dafür verantwortlich ist, dass Kindern eine vorschulische Bildung nicht zuteilwird, kann über eine Vorschulpflicht nachgedacht werden.

Das stärkere staatliche Engagement bei der Finanzierung der vorschulischen Bildung sollte durch einen Rückzug bei der Finanzierung der Hochschulbildung kompensiert werden. Im Gegenzug sollten staatliche Universitäten (wieder) Studiengebühren erheben. Um auch Studenten ohne ausreichende finanzielle Mittel ein Studium zu ermöglichen, sollten staatliche Bildungskredite angeboten werden. Diese können so ausgestaltet werden, dass sie die Finanzierung von Studiengebühren und Lebensunterhalt gewährleisten und die individuelle Situation nach Abschluss des Studiums berücksichtigen. Um steuerliche Fehlanreize zu beseitigen, könnte überlegt werden, dass Studenten die Kosten ihrer Hochschulausbildung nach ihrem Studium als Werbungskosten anrechnen. Die steuerlichen Vorteile, die Eltern derzeit für ihre studierenden Kinder erhalten, müssten dann entfallen.

Als 2005 mehrere Bundesländer Studiengebühren einführt, wurde dies von massiven Protesten begleitet. Inzwischen wurden sie in den meisten Bundesländern wieder abgeschafft. Allerdings hatte die Einführung von Studiengebühren seinerzeit keine negativen Effekt auf die Übergangsraten von der

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- In Deutschland wird die vorschulische Bildung zu einem Gutteil durch die Eltern finanziert, während die schulische und universitäre Bildung zum Großteil staatlich finanziert wird.
- Der spätere Bildungserfolg hängt wesentlich von der frühkindlichen und vorschulischen Bildung ab.
- In Deutschland besteht ein enger Zusammenhang zwischen Elternhaus und Bildungserfolg.

Politikempfehlung:

- Vorschulische Bildung stärker staatlich finanzieren. Dabei auf einkommensschwache Familien fokussieren.
- (Wieder-)Einführung von Hochschulgebühren, flankiert von Bildungskrediten.
- Bildungsgutscheine einführen, um Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Bildungsanbietern zu sichern.

Schule zur Hochschule. Und die Studiengebühren konnten von den Universitäten als zusätzliche Mittel verwendet werden. Als positiver Effekt der Studiengebühren sank die Studiendauer. Bei der Bewertung von Studiengebühren sollte schließlich auch berücksichtigt werden, dass vor allem Kinder aus einkommensstärkeren Familien studieren und Hochschulabsolventen deutlich mehr verdienen als Personen mit geringem Bildungsabschluss. Studiengebühren tragen damit auch zu mehr Verteilungsgerechtigkeit bei.

In Deutschland existieren sowohl staatliche als auch private Bildungseinrichtungen in allen Phasen der Bildung. Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Bildungsangeboten verbessert die Bildungsergebnisse. Daher sollte die staatliche Finanzierung von Bildung so ausgestaltet werden, dass keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen Bildungsanbietern resultieren. Mit Bildungsgutscheinen, die lediglich die Höhe der Förderung festlegen, es dem einzelnen aber überlassen zu wählen, bei welchem Anbieter er den Gutschein einlöst, kann die Gleichbehandlung gewährleistet werden. So können die Vorteile des Wettbewerbs für eine bessere Bildung genutzt werden.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Die richtige Bildungsfinanzierung: Schlüssel für Fachkräftesicherung und Chancengerechtigkeit“ mit Prof. Dr. Berthold U. Wigger (Karlsruher Institut für Technologie) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12, 10178 Berlin